

Inhalt

Vorwort	9
I.	
Ruhrbesetzung und Ruhrkampf	15
Die Vorgeschichte: der Streit um die Reparationen – Joseph Wirths «Erfüllungspolitik» – Raymond Poincarés Suche nach «produktiven Pfändern» – Die Bildung der Regierung unter Wilhelm Cuno – Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet – Reaktionen in Deutschland: Öffentlichkeit, Regierung, Unternehmer, Gewerkschaften und Parteien – Passiver Widerstand – Gegenmaßnahmen der Besatzungsmächte – Gewaltsame Zusammenstöße: Der «Essener Blutsonntag» – Sabotageakte: Leo Albert Schlageter – Drängen auf Verhandlungen – Neue deutsche Vorschläge zur Reparationsfrage – Verschärfung der ökonomischen und sozialen Krise im Sommer 1923 – Das Ende der Regierung Cuno	
II.	
Von der Inflation zur Hyperinflation	71
Ursachen der Inflation – Phasen der Geldentwertung – Der Schock des Rathenau-Mords: Beginn der Hyperinflation – Die Wirkung des passiven Widerstands: der Todesstoß für die deutsche Währung – Verlierer und Gewinner der Inflation – Hugo Stinnes – Schlaraffenland für Ausländer – Folgen für die Sozialmoral: Entwertung aller Werte – Die «Inflationsheiligen» – Herausbildung einer Inflationsmentalität – Börsenfieber – Jagd nach Auslandsdevisen – Der Typus des «Schiebers» – Babylon Berlin – Tanzwut – Vergnügungsgier – Flucht in die Sachwerte – Alltag unter den Bedingungen der Hyperinflation – Kriminalität und Selbsthilfe	

III.		
	Versuche einer Krisenlösung: die Große Koalition unter Stresemann	105
	Gustav Stresemann – Die erste Regierung der Großen Koalition – Das Echo in Politik und Öffentlichkeit – Abbruch des passiven Widerstands – Bayerns Auflehnung gegen Berlin – Verhängung des Ausnahmezustands über das Reich – Unternehmeroffensive zur Abschaffung des Achtstundentags – Fronde gegen Stresemann in der DVP – Versuche zur Sprengung der Großen Koalition – Rücktritt der Regierung und Wiederbetrauung Stresemanns mit der Regierungsbildung – Kompromiss in der Arbeitszeitfrage – Die zweite Regierung der Großen Koalition – Kampf um das Ermächtigungsgesetz – Beschleunigung der Hyperinflation – Einleitung der Währungsreform: die Gründung der «Rentenbank» – Silberstreifen am Horizont auch in der Außenpolitik	
IV.		
	Deutscher Oktober	139
	Moskauer Pläne für eine Revolutionierung Deutschlands – Sprungbrett Sachsen: die Linksregierung unter dem SPD-Ministerpräsidenten Erich Zeigner – Konflikt mit Reichswehr und Reichsregierung – Eintritt der Kommunisten in die Regierungen in Sachsen und Thüringen – Vorbereitungen für ein militärisches Eingreifen – Absage des «deutschen Oktobers»: die Konferenz in Chemnitz – Der Hamburger Aufstand – «Reichsexekution» gegen Sachsen bei gleichzeitiger Nachsicht gegenüber dem abtrünnigen Bayern – Absetzung der Regierung Zeigner – Einmarsch der Reichswehr auch in Thüringen – Rückwirkungen auf Reichsebene: das Ausscheiden der SPD aus der Großen Koalition – Das Rumpfkabinett Stresemann	
V.		
	Der Ruf nach der Diktatur	171
	Stinnes' Szenario für eine diktatorische Krisenlösung – Autoritäre Sehnsüchte seit 1918 – Werben um den Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt – Pläne für die Einsetzung eines Direktoriums – Bayern als Zentrum rechter Umsturzpläne – Vom «Trommler» zum «Führer»: Hitlers Anziehungskraft – Beginnender Führerkult – Antisemitische Hetze und Gewalt in München – Putschgerüchte – Hitlers Reise in die Schweiz –	

Der «Deutsche Tag» in Nürnberg: Schulterchluss zwischen Hitler und Ludendorff – Rivalität zwischen dem Triumvirat Kahr, Lossow, Seißer und den putschbereiten Kräften der NSDAP – Seeckts Intrige gegen Stresemann – Hitlers Entschluss zum Losschlagen – Der Putsch im Bürgerbräukeller – Das Scheitern des Putsches – Reaktionen in Berlin: Übertragung der vollziehenden Gewalt auf Seeckt – Bilanz: die Umsturzgefahr von rechts vorerst gebannt

VI.

«Los von Berlin»: Separatistische Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz · · · · ·

217

Separatistische Strömungen im Rheinland nach 1918: Motive und treibende Kräfte – Hans Adam Dortens frühe Rheinstaatsbestrebungen – Wiederaufleben des Separatismus im Krisenjahr 1923 – Die «Vereinigte Rheinische Bewegung» – Der Düsseldorfer «Blutsonntag» – Ausrufung der «Rheinischen Republik» und ihr Scheitern – Separatismus in der linksrheinischen Pfalz nach 1918 – «Los von Bayern»: Johannes Hoffmanns missglückte «Pfalzaktion» – Auf verlorenem Posten: die Regierung der «Autonomen Pfalz» unter Josef Heinz-Orbis – Konrad Adenauers Projekt einer «Westdeutschen Republik» im Rahmen des Reichsverbandes – Das Treffen in Hagen: Zusammenstoß Adenauers mit Stresemann – Die zwielfichtige Haltung der französischen Regierung zu den separatistischen Bestrebungen

VII.

Auf dem Weg zur Stabilisierung: Von Stresemann zu Marx · · ·

243

Höhepunkt der Hyperinflation – Pogrom im Berliner Scheunenviertel – Das «Wunder» der Rentenmark – Das MICUM-Abkommen – Der Sturz Stresemanns – Bilanz seiner Kanzlerschaft – Die Rückkehr von Kronprinz Wilhelm nach Deutschland – Droht eine Diktatur Seeckts? – Die mühsame Suche nach einem Nachfolger Stresemanns: das Kandidatenkarussell – Wilhelm Marx und sein Minderheitskabinett – Das zweite Ermächtigungsgesetz – Maßnahmen zur Stabilisierung von Wirtschaft und Finanzen – Das Ende von Adenauers Weststaatsplänen – Kommentare zum Jahresende 1923

VIII.

Kultur im Schatten der Krise 273

Der kulturelle Aufbruch in der Nachkriegszeit – Aufschwung des Kinos – «Das Cabinet des Dr. Caligari», «Dr. Mabuse, der Spieler», «Nosferatu» – Stars des Stummfilms: Asta Nielsen, Henny Porten, Emil Jannings – Historienschinken: «Fridericus Rex» – Das Gegenprogramm: die Filme Charlie Chaplins – Theater in den frühen zwanziger Jahren – Regisseure: Max Reinhardt, Leopold Jessner, Erwin Piscator – Kritiker: die Antipoden Alfred Kerr und Herbert Ihering – Eine Entdeckung: die Schauspielerin Elisabeth Bergner – Expressionistische Dramatiker: Georg Kaiser und Ernst Toller – Magnet Berlin: Bertolt Brecht, Joseph Roth, Franz Kafka – Russische Emigration in Berlin – Dada, George Grosz und der Malik Verlag – Walter Gropius und das Bauhaus in Weimar – Das neue Massenmedium des Rundfunks

IX.

Ausblick 319

Weltpolitischer Szenenwechsel 1923/24 – Beilegung des Konflikts Bayern-Reich – Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands – Hitler-Prozess in München – Auslaufen des Ermächtigungsgesetzes – Sezessionsbewegung in der DVP – Tod von Hugo Stinnes – Der Dawes-Plan zur Lösung der Reparationsfrage – Reichstagswahlen – Eintritt der DNVP in die Regierung? – Das zweite Kabinett Marx – Die Londoner Konferenz: Vereinbarung über die Räumung der besetzten Gebiete – Der Kampf um die Annahme der Dawes-Gesetze – Das Ende der Nachkriegszeit – Die «Goldenen Zwanziger» – Trügerische Stabilität – Kabinettskrisen und Regierungswechsel – Wahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten – Auf dem Weg zum Präsidialregime – Nachwirkung des Inflationstraumas – Von 1923 zu 1933?

Anhang 353

Dank – Anmerkungen – Quellen und Literatur – Bildnachweis – Personenregister

Vorwort

«Möge 1923 besser werden, als dies nach jeder Richtung schlimmste 1922. Amen!» Mit diesen Worten beendete Hedwig Pringsheim, die Schwiegermutter Thomas Manns, ihren Tagebucheintrag am Silvesterabend 1922.¹ Sie dürfte kaum geahnt haben, wie schlimm es tatsächlich kommen würde. 1923 wurde zur größten Bewährungsprobe der noch jungen Weimarer Republik. «Kein Volk der Welt hat erlebt, was dem deutschen ‹1923›-Erlebnis entspricht», erinnerte sich der Journalist Sebastian Haffner 1939 im englischen Exil.² Und der Schriftsteller Stefan Zweig schrieb in seiner ebenfalls im Exil verfassten Autobiographie «Die Welt von gestern», er glaube, Geschichte gründlich zu kennen, doch seines Wissens habe sie «nie eine ähnliche Tollhauszeit in solchen riesigen Proportionen produziert».³

Von dieser «Tollhauszeit» handelt dieses Buch. Es war ein Jahr, in dem die Geldentwertung schwindelerregende Ausmaße annahm, in dem faktisch ein Ausnahmezustand in Permanenz herrschte, das politische System dem Kollaps nahe war, rechte und linke Extremisten zum Sturm auf die Republik ansetzten und separatistische Bewegungen den Bestand des Reiches bedrohten. Hinzu kam massiver Druck von außen. Der Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar und die sich daran anschließenden Auseinandersetzungen wirkten in hohem Maße krisenverschärfend. Im Herbst 1923 stand das Land buchstäblich am Abgrund. Schon Zeitgenossen erschien es fast wie ein Wunder, dass die erste deutsche Demokratie diese existenzielle Gefährdung überlebte.

«The Great Disorder» – «Die große Unordnung» – hat der amerikanische Historiker Gerald D. Feldman seine voluminöse Darstellung des Inflationsjahrzehnts 1914 bis 1924 genannt.⁴ Krieg, militärische Niederlage und Revolution hatten das scheinbar unerschütterliche monarchische Sys-

tem des Kaiserreichs hinweggefegt. Die neue, 1918/19 errichtete demokratische Ordnung kam aus dem nach-revolutionären Krisenmodus nicht heraus. Auch nach dem Abschluss des Friedensvertrages von Versailles und der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung blieb die Lage prekär. Die alten wilhelminischen Eliten aus Großindustrie, Großlandwirtschaft, Militär und Bürokratie verharren in Fundamentalopposition gegen das «System von Weimar». Umsturzversuche von rechts und links erschütterten das Land. Politische Morde, verübt von rechten Terroristen an Repräsentanten der Republik, waren an der Tagesordnung. «Die Sicherheit für politisch Missliebige ist gegenwärtig in Deutschland geringer als in den verrufensten südamerikanischen Republiken oder im Rom der Borgia», konstatierte der Diplomat und Kunstmäzen Harry Graf Kessler im Mai 1920.⁵

Ihren bizarren Höhepunkt erreichte die krisenhafte Entwicklung mit der Hyperinflation 1923. Ganz Deutschland schien wie von einem Fieberwahn erfasst. «Die Zeit ist allzusehr aus den Fugen», klagte der in Dresden lehrende Romanist jüdischer Herkunft Victor Klemperer Ende Mai 1923, und Anfang September notierte er: «Jeder fühlt etwas Bedrohlichstes in nächster Nähe, niemand weiß, was wird.»⁶ Dass alles wankte, es keine Sicherheiten mehr gab und auf nichts mehr Verlass war – das war das Grundgefühl dieser Monate. Nicht nur verlor das Geld seinen Wert als Tauschmittel; im Wirbel der Inflation lösten sich auch die überkommenen Wertvorstellungen und Normen auf. Von einer «doppelten Entwertung» hat der Schriftsteller Elias Canetti zu Recht gesprochen.⁷ Damit verbunden war ein fundamentaler Verlust des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen. Eine «Art Alltagsanarchismus», ein Kampf aller gegen alle war die Folge.⁸

Der Sturz ins Bodenlose, den Deutschland im Herbst 1923 erlebte, entzog sich jeder rationalen Erklärung. Er machte buchstäblich fassungslos. «Oft erscheint mir alles, was ich damals sah und erlebte, wie ein phantastischer Traum», erinnerte sich der Maler George Grosz, und er fügte hinzu: «Aber komisch: je höher die Preise stiegen, umso höher stieg die Lebenslust. Heißa, war das Leben schön!»⁹ Das war die paradoxe Kehrseite jenes Elends, in das breite Bevölkerungsschichten durch den schlagartigen Verlust ihrer Ersparnisse gestürzt wurden. Eine unbändige Lust nach Zerstreuung, nach Räuschen aller Art griff um sich. Die Vergnügungsindustrie boomte wie nie zuvor. «Der Amüsierummel erreichte Ausmaße, denen gegenüber die

panisch enthemmten Gelage in den Pestjahren des Mittelalters wie schlichte Veranstaltungen gesitteter Gesangsvereine anmuteten», hat der DDR-Historiker Wolfgang Ruge pointiert geurteilt.¹⁰

Wer sich als Historiker mit dem Irrwitz dieser Zeit beschäftigt, sieht sich mit einem geradezu atemlosen Ablauf des Geschehens konfrontiert. Die sich überstürzenden Ereignisse und Entwicklungen folgten nicht einem zeitlichen Nacheinander, sondern liefen zum Teil parallel ab, überlagerten und verstärkten sich. Das hat Konsequenzen für die Darstellung. Die Geschichte des extremen Jahres 1923 sperrt sich gegen eine rein chronologische Erzählung. Aus Gründen der Übersichtlichkeit habe ich daher versucht, das verwickelte Knäuel der Krisenphänomene zu entwirren und die Fäden unter thematischen Gesichtspunkten neu zu ordnen. Daraus ergibt sich eine die Chronologie immer wieder durchbrechende Kapitelfolge.

Das erste Kapitel behandelt die Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen und Belgier im Januar, mit der das Krisenjahr eröffnet wurde. Es schildert die ruinösen Folgen des von der deutschen Regierung proklamierten passiven Widerstands, die letztlich zum Sturz des Reichskanzlers Wilhelm Cuno im August führten.

Das zweite Kapitel geht den Ursachen von Inflation und Hyperinflation nach und ermittelt, wer davon profitierte und wer dabei auf der Strecke blieb. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die deutsche Gesellschaft die rasante Entwertung der Mark erlebte und wie sich dadurch der Alltag der Menschen veränderte.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der Bildung der Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann und deren Versuchen, Wege aus der Krise zu finden. Dazu gehörten sowohl der Abbruch des passiven Widerstands im September als auch die Einleitung einer Währungsreform durch Gründung der «Rentenbank» Mitte Oktober.

Das vierte Kapitel berichtet von den Plänen der Moskauer Zentrale der Bolschewiki, das Chaos der Hyperinflation auszunutzen, um in Deutschland eine revolutionäre Situation herbeizuführen. Die Initialzündung sollte der Eintritt der KPD in die SPD-geführten Regierungen in Sachsen und Thüringen sein. Der «deutsche Oktober» fand nicht statt – ein Aufstand in Hamburg wurde rasch niedergeschlagen –, doch die Folgen der gescheiterten Aktion waren gravierend. Denn das scharfe Vorgehen der Reichswehr gegen Sachsen und Thüringen, das in deutlichem Kontrast stand zur Nach-

sicht gegenüber dem abtrünnigen Bayern, führte zum Ausscheiden der SPD aus der Regierung und damit zum Ende der Großen Koalition.

Das fünfte Kapitel lenkt den Blick auf die andere Seite des politischen Spektrums: auf die von der radikalen Rechten im Herbst 1923 verfolgten Pläne zur Etablierung einer «nationalen Diktatur», in deren Mittelpunkt der Chef der Reichswehr, General Hans von Seeckt, stand. In diesem Kontext wird auch noch einmal ausführlich auf Vorgeschichte, Verlauf und Wirkungen von Hitlers Putsch in München am 8./9. November eingegangen. Er war, so zeigt sich, kein isoliertes Unternehmen, sondern ordnet sich ein in die Bestrebungen von maßgeblichen Kreisen in Industrie, Reichswehr und auf der politischen Rechten, das parlamentarische System von Weimar zu Fall zu bringen und eine autoritäre Ordnung zu errichten.

Im sechsten Kapitel geht es um die von Frankreich unterstützten separatistischen Strömungen im Rheinland und in der Pfalz, die im Herbst 1923 in der Proklamation autonomer Republiken kulminierten. Auch wenn diesen nur eine kurze Lebensdauer beschieden war, galten sie doch als Symptom für die Auflösung staatlicher Autorität im Westen des Reiches.

Das siebte Kapitel steht im Zeichen der Stabilisierung, die mit dem «Wunder» der am 15. November eingeführten «Rentenmark» ihren signifikantesten Ausdruck fand. Unter Stresemanns Nachfolger, dem Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, wurden die eingeleiteten Schritte zur Sanierung der Finanzen entschlossen fortgesetzt. Eine Tour d'horizon über Kommentare zum Jahresende macht deutlich, dass auch im Bewusstsein der Zeitgenossen das Größte überstanden war.

Das achte Kapitel fällt in gewisser Weise aus dem Rahmen des bislang skizzierten Krisentableaus. Denn im Unterschied zu den Zerfallserscheinungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zeichnete sich die Kultur von Weimar auch schon in den frühen zwanziger Jahren durch eine bemerkenswerte Blüte aus. Anhand von Beispielen aus Film, Theater, Literatur, bildender Kunst und Architektur wird gezeigt, zu welchen Leistungen avantgardistische Künstler und Kulturschaffende gerade in den schweren Zeiten der Inflation imstande waren, aber auch, mit welchen Widerständen aus kulturkonservativen Kreisen sie zu kämpfen hatten.

Das neunte und letzte Kapitel unternimmt einen Ausblick auf das Jahr 1924, das mit der Annahme des Dawes-Plans Ende August eine vorläufige einvernehmliche Regelung der Reparationsfrage brachte. Der Weg zur Ent-

spannung auch in der Außenpolitik war damit frei, die Nachkriegszeit definitiv beendet. Vor allem ist hier von Interesse, inwieweit die innen- und außenpolitische Konsolidierung der Republik nachhaltig war – oder ob sich hinter der Fassade einer scheinbar gefestigten parlamentarischen Demokratie neues Unheil ankündigte.

In den Forschungen zur Geschichte der Weimarer Republik stand – angefangen von der bahnbrechenden Studie von Karl Dietrich Bracher (1955) bis hin zu den großen Gesamtdarstellungen von Hans Mommsen (1989) und Heinrich August Winkler (1993) – die Frage im Vordergrund, warum die erste deutsche Demokratie bereits nach vierzehn Jahren unterging, um der verbrecherischen Diktatur des Nationalsozialismus Platz zu machen.¹¹ Seit Ende der 1990er Jahre sind demgegenüber verstärkt Tendenzen zu beobachten, die Republik nicht von ihrem Ende, unter der Perspektive ihres Scheiterns, darzustellen und zu deuten. Statt die Epoche zwischen 1918 und 1933 auf die Rolle eines bloßen Vorspiels des «Dritten Reiches» zu reduzieren, sollte sie, so lautet die Forderung, in ihrem «Eigenrecht» betrachtet werden, und das heißt, dass neben den belastenden Faktoren verstärkt auch nach den zukunftsfähigen Elementen zu fragen sei.¹² Gerade unter dieser Perspektive stellt sich 1923 als ein Schlüsseljahr dar. Denn an ihm lassen sich sowohl das Ausmaß der Gefährdungen als auch die Chancen einer Stabilisierung ablesen. Dass sich die Weimarer Republik auch unter den extremen Belastungen dieses Jahres behauptete, ist in jedem Fall ein starkes Argument gegen die Annahme, sie sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen.¹³

Die Exzesse der Inflationsperiode haben sich tief ins kollektive Gedächtnis der Nation eingebrannt. Die kalte Enteignung weiter Schichten der Bevölkerung – laut dem Urteil des linkssozialistischen Historikers Arthur Rosenberg «eine der größten Räubereien der Weltgeschichte»¹⁴ – sorgte für eine ungeheure Verbitterung. Für viele Deutsche war die plötzliche Entwertung ihrer Vermögen und Ersparnisse eine traumatische Erfahrung, von der sie sich niemals ganz erholen sollten. Die Angst vor einer neuen Inflation wurde an die nachfolgenden Generationen weitergegeben. Sie ist in Deutschland bis heute viel virulenter als in anderen europäischen Ländern.¹⁵ So erklärt sich auch, dass, als im Zuge der Corona-Pandemie die Preise stark anstiegen, sofort das Schreckgespenst der Hyperinflation von 1923 beschworen wurde. Man tut allerdings gut daran, die Unterschiede zwischen den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und der damaligen

singulären Konstellation nicht aus den Augen zu verlieren. Die vorliegende Darstellung soll auch dafür den Blick schärfen.

Dieses Buch musste unter den erschwerenden Bedingungen der Corona-Pandemie geschrieben werden. Meine ursprüngliche Absicht, umfangreiche Archivrecherchen vorzunehmen, wurde dadurch vereitelt. Allerdings konnte ich besonders für Kapitel 5 auf Archivalien zurückgreifen, die ich im Zusammenhang mit meiner Hitler-Biographie gesammelt hatte. Wichtig war es mir wiederum, die Zeitgenossen in Tagebüchern, Briefen und Erinnerungen ausführlich zu Worte kommen zu lassen. Darin spiegeln sich, so eindrücklich wie in keiner anderen Quelle, die alltäglichen Erlebnisse und Erfahrungen der Menschen in jenem Hexenkessel der großen Inflation vor hundert Jahren.

I.

Ruhrbesetzung und Ruhrkampf · · · ·



Kurz nach der Besetzung des Ruhrgebiets am 11. Januar fährt ein französischer Panzerwagen durch die Straßen von Essen.

.

Das Jahr 1923 begann mit einem Paukenschlag: Am 11. Januar marschierten französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet ein. Zur Begründung wurde angeführt, dass Deutschland bei den vereinbarten Sachlieferungen zum Wiederaufbau der im Ersten Weltkrieg zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien in Rückstand geraten war. Ganz überraschend kam die spektakuläre Aktion nicht. Bereits in den Jahren zuvor hatten die Siegermächte immer wieder mit Sanktionen gedroht für den Fall, dass die deutsche Regierung ihren Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen würde.¹ Dabei war auch von einer Besetzung über die linksrheinischen Gebiete hinaus die Rede gewesen, die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages für fünfzehn Jahre entmilitarisiert bleiben sollten. Nachdem am 4. Januar eine Reparationskonferenz in Paris ergebnislos auseinandergegangen war, hatte sich die Situation rasch zugespitzt. «Die politische Lage ist jetzt wieder so, dass sie sogar stumpfe Nerven bedrückt: Franzosen-Einmarsch nach gescheiterter Reparations-Conferenz bevorstehend», notierte Victor Klemperer am 5. Januar in sein Tagebuch.²

.....

Seit Kriegsende hatte der Streit um die Reparationen die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen dem besiegten Reich und den Alliierten dauerhaft belastet. Bereits im Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 hatte Deutschland sich zur Abgabe von 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen verpflichten müssen. Im Versailler Vertrag, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal von Versailles hatte unterzeichnen müssen, wurde der Anspruch auf Wiedergutmachung begründet mit dem Artikel 231, der die alleinige Verantwortung

des Kaiserreichs und seiner Verbündeten für den Kriegsausbruch festgestellt und sie für alle daraus resultierenden Verluste und Schäden haftbar gemacht hatte. Allerdings wurde die Höhe der Summe, die Deutschland aufbringen musste, noch offengehalten. Artikel 233 bestimmte die Einsetzung einer Kommission, die bis zum 1. Mai 1921 den Gesamtbetrag der Reparationen festlegen sollte. Bis dahin sollten 20 Milliarden Goldmark an Devisen und Sachwerten gezahlt werden.³

Die ungelöste Reparationsfrage blieb das beherrschende außenpolitische Problem der Nachkriegsära. Kompliziert wurde es dadurch, dass sich Frankreich, Belgien und auch England während des Krieges bei den Vereinigten Staaten von Amerika hoch verschuldet hatten. Solange die USA auf die vollständige Rückzahlung ihrer Kredite bestanden, musste ihren europäischen Partnern daran gelegen sein, von den Deutschen möglichst umfangreiche Reparationen zu bekommen.⁴ Für die französische und belgische Regierung stellte sich diese Notwendigkeit umso dringlicher, als weite Gebiete von den deutschen Truppen bei ihren Rückzügen mutwillig zerstört worden waren – eine Tatsache, die ohne Wenn und Aber anzuerkennen sich alle deutschen Regierungen und weite Teile der deutschen Öffentlichkeit nach dem Krieg beharrlich weigerten. Als Harry Graf Kessler im August 1922 durch Nordfrankreich reiste, war er erschüttert über das Bild, das sich ihm vier Jahre nach Kriegsende immer noch bot: «Große unkultivierte Flächen, die von blühendem Unkraut überwachsen sind, und auch zwischen bestellten Feldern auffallend viele unbestellte. Zerschossene Häuser, eingestürzte Dächer, kleine Barackendörfer, neue Landhäuschen von trostloser Scheußlichkeit. St. Quentin ist nicht vollkommen zerstört, wie man gesagt hat, aber die Bahnhofstraße und viele Häuser sind noch immer, nach vier Jahren, Trümmerhaufen, und die Kathedrale thront fensterlos, unter einem Wellblechschuttdach als erhabene, weithin sichtbare Ruine über der zerschossenen Stadt. Chauny, Noyon sind im selben traurigen Zustand. Die Kathedrale von Noyon macht einen besonders erschütternden u(nd) großartigen Eindruck mit ihren beiden massigen, zerschossenen, von Gerüsten umgebenen Türmen.»⁵

Hinzu kam, dass in der französischen Regierung und Gesellschaft die Furcht vor einer deutschen Revanche allgegenwärtig war. Daraus erwuchs ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis, das sich durch die Besetzung der linksrheinischen Gebiete noch nicht hinreichend befriedigt sah. Die Repa-

rationsfrage bot in den Augen französischer Politiker und Militärs einen geeigneten Hebel, um nicht nur ein Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern, sondern sich auch Eingriffsmöglichkeiten offenzuhalten.

Die britische Regierung unter Premierminister David Lloyd George hingegen war angesichts wachsender Schwierigkeiten mit ihrem Empire an einer Stabilisierung der Verhältnisse in Mitteleuropa interessiert. Das hieß aber auch, dass Deutschland ökonomisch nicht so weit geschwächt werden durfte, dass dadurch die wirtschaftliche Erholung des europäischen Kontinents beeinträchtigt wurde. Aus diesem Grund war man in London eher geneigt, der deutschen Regierung in der Reparationsfrage entgegenzukommen, was wiederum zu Spannungen mit dem Hauptverbündeten Frankreich führen musste. Für die britische Politik der Nachkriegszeit stellte sich so die doppelte Aufgabe, es einerseits nicht auf einen Bruch der Entente ankommen, andererseits aber auch Frankreich nicht zu mächtig werden zu lassen.⁶

•••••

In einer Serie von Konferenzen suchten sich die Alliierten auf eine gemeinsame Linie gegenüber Deutschland zu verständigen. Auf der Konferenz im belgischen Spa im Juli 1920 stand die Frage der Reparationszahlungen noch nicht auf der Tagesordnung. Vielmehr konzentrierten sich die Debatten auf die deutschen Kohlelieferungen. Am Ende gelang es Lloyd George, den Franzosen die Zustimmung zur Reduzierung der Forderung von 2,4 auf 2 Millionen Tonnen für zunächst 6 Monate abzurufen. Der Gegenwert sollte zum Inlandspreis auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden. Es war das erste Abkommen nach dem Krieg, das nicht durch Diktat, sondern durch Verhandlungen mit den Deutschen zustande kam.⁷

Erst auf einer Konferenz des Obersten Rats der Alliierten in Paris Ende Januar 1921 verständigten sich Briten und Franzosen auf einen gemeinsamen Reparationsplan. Danach sollte Deutschland insgesamt 226 Milliarden Goldmark innerhalb von 42 Jahren zahlen, wobei die Jahresraten mit 2 Milliarden Goldmark beginnen und nach und nach auf 6 Milliarden Goldmark ansteigen sollten. Außerdem sollte jährlich ein Betrag im Wert von 12 % des deutschen Exports abgeführt werden.⁸ Diese Forderung sorgte in der deutschen Öffentlichkeit für ein böses Erwachen. «42 Jahre unendliche Milliarden zu zahlen», hielt Victor Klemperer in seinem Tagebuch fest. «Es ist so

Kongo-artig, so bitter, so märchenhaft – wenn man an das denkt, was wir 1914 waren –, dass ich mich bemühe, erfolgreich bemühe, möglichst gar nicht daran zu denken.»⁹ Reichspräsident Friedrich Ebert vertraute einem Brief an den ehemaligen preußischen Kriegsminister Walther Reinhardt von Anfang Februar 1921 an, es habe «Toren» gegeben, die geglaubt hätten, «das Schlimmste liege schon hinter uns»: «Umso niederschmetternder wirkten auf sie die letzten Ereignisse. Die Situation ist sehr ernst. Ob sich ein Ausweg findet, ist sehr zweifelhaft.»¹⁰

Auf der Londoner Konferenz von Anfang März 1921 wies Reichsaußenminister Walter Simons den Pariser Zahlungsplan als unannehmbar zurück, weil er die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands bei weitem übersteige. Stattdessen präsentierte er einen Gegenvorschlag: Die Reichsregierung erklärte sich zu einer Zahlung von 50 Milliarden Goldmark bereit, von der allerdings noch einmal 20 Milliarden, die bereits als Sachlieferungen geleistet worden seien, abgezogen werden sollten. Dieses Angebot betrachteten wiederum die Alliierten als völlig unzureichend. Nachdem Berlin eine Frist für die Annahme des Reparationsplans hatte verstreichen lassen, machten sie ihre Sanktionsdrohung wahr und besetzten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Im gesamten besetzten Gebiet übernahm die Interalliierte Rheinlandkommission die Zollverwaltung.¹¹

Ende April 1921 legte die alliierte Reparationskommission ihre Reparationsrechnung vor. Sie belief sich auf 132 Milliarden Goldmark – gegenüber den ursprünglich geforderten 226 Milliarden Goldmark bedeutete das eine erhebliche Reduzierung. Dennoch löste auch dieser Vorschlag in Deutschland Empörung aus. Von einer künftigen Generationen belastenden «Schuldnechtschaft» war die Rede. Am 5. Mai 1921 bestellte Lloyd George den deutschen Botschafter in London ein und überreichte ihm ein Ultimatum: Blieben die Deutschen bei ihrer Verweigerungshaltung, kündigten die Alliierten für den 12. Mai die Besetzung des Ruhrgebiets an.

Der neue Zahlungsplan teilte die deutschen Verbindlichkeiten in drei Serien von Schuldverschreibungen (Bonds): Die «A»- und «B»-Bonds in Höhe von 50 Milliarden Goldmark sollten ab 1921 getilgt und verzinst werden. Die Bedienung der «C»-Bonds, die mit 82 Milliarden den größten Teil der Reparationen ausmachten, wurde auf eine unbestimmte Zukunft verschoben. Außerdem sollten 26 % des Wertes der deutschen Ausfuhr transferiert werden. Insgesamt ergaben sich daraus jährliche Zahlungen von rund

3 Milliarden Goldmark – zweifellos immer noch eine erhebliche Belastung, die aber gar nicht so weit von dem Angebot der Reichsregierung vom März entfernt lag und bei einer normalen Wirtschaftsentwicklung wohl auch hätte verkraftet werden können.¹²

•••••

Bereits einen Tag vor Eintreffen des Londoner Ultimatums war die Regierung unter dem Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach, der seit Juni 1920 einem bürgerlichen Minderheitskabinett aus Zentrum, Deutscher Demokratischer Partei (DDP) und Deutscher Volkspartei (DVP) vorgestanden hatte, zurückgetreten, nachdem der Versuch gescheitert war, die Vereinigten Staaten für eine Vermittlerrolle zu gewinnen. Reichspräsident Ebert ernannte den badischen Zentrumspolitiker Joseph Wirth, zuvor Finanzminister im Kabinett Fehrenbach, zum neuen Reichskanzler. Er bildete ein Kabinett aus Zentrum, DDP und SPD. Es handelte sich also um eine Neuauflage der Weimarer Koalition von 1919/20; allerdings besaß sie im Unterschied zu damals keine parlamentarische Mehrheit mehr. Dennoch konnte der Reichstag am 10. Mai 1921 die Annahme des Londoner Ultimatums beschließen, weil auch die USPD und einige Abgeordnete der DVP zustimmten. Die Regierung Wirth hatte ihre erste Kraftprobe bestanden.¹³ «Die Annahme des Ultimatums bedeutet keine Niederlage», kommentierte der radikaldemokratische Journalist und Pazifist Carl von Ossietzky in der «Berliner Volkszeitung», «sie kann eine neue und bessere Ära eröffnen, wenn man endlich von der Politik des Sich-Treibenlassens, die seit Versailles leider vorherrschte, zu eigener Aktivität übergeht. Im vergangenen Jahr lebte man allzu gern von der faulen Hoffnung, sich schließlich doch um die eine oder andere der auferlegten Verpflichtungen drücken zu können, und die Handlung war allein auf der anderen Seite; man ließ sich stoßen und drängen, und die Faust peinlich im Rücken spürend protestierte man. Das war unwürdig, unwürdig eines großen Volkes, das immerhin genügend Köpfe aufweisen sollte, die imstande sind, die Konsequenzen eines verlorenen Krieges zu erfassen.»¹⁴

Eben darum war es Wirth zu tun. Er wollte seinen guten Willen demonstrieren, indem er äußerste Anstrengungen unternahm, um die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen – dies allerdings mit dem Hintergedanken, gerade dadurch ihre Undurchführbarkeit unter Beweis zu stellen und sie in Verhandlungen mit den Alliierten auf ein für Deutschland akzeptables